

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1979

Linz 1980

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Erwin M. Ruprechtsberger (Linz):	
Ein Inschriftstein mit Nennung der cohors II Batavorum aus Linz.	
Militärische Zeugnisse aus Linz	11
(Bildtafeln I und II)	
Herbert Pexa (Wien):	
Peter von der Linden. Vom Linzer Bürger zum geadelten Gutsbesitzer	
in Böhmen und Stifter des Klosters Forbes (Borovany)	21
Anna Sucheni—Grabowska (Warschau):	
Zu den Beziehungen zwischen den Jagiellonen und den Habsburgern.	
Katharina von Österreich, die dritte Gemahlin des Königs Sigismund	
August. Ein Forschungsbeitrag	59
Manfred Brandl (Steyregg):	
Joseph Valentin Eybel (1741—1805). Landrat und Regierungsrat	
in Linz in Berichten der Wiener Nuntiatur	101
Jiří Záhoda (Krumau):	
Aus den Tagebüchern des Ing. Josef Langweil	123
Emil Puffer (Linz):	
Die Gemeindevertretung von Urfahr	139
(Bildtafeln III—XXII)	
Kurt Tweraser (Fayetteville):	
Der Linzer Gemeinderat 1880—1914. Glanz und Elend	
bürgerlicher Herrschaft	293
Nachruf Max Neweklowsky (Wilhelm Rausch)	343
(Bildtafel XXIII)	
Buchbesprechungen	347

Die Altersstruktur

Der altersmäßige Aufbau des Gemeinderates ist für die vorliegende Untersuchung besonders deshalb zu berücksichtigen, weil dadurch die These von der Ablösung der älteren Generation der Fortschrittler durch den jüngeren Fortschritt, aber besonders durch die Deutschnationalen überprüft werden kann. Von altersspezifischer Relevanz ist natürlich nicht nur der Konflikt zwischen „Vätern und Söhnen“, sondern auch die Festsetzung des passiven Wahlrechts auf das vollendete 30. Lebensjahr und die altliberale normative Erwartung, eine schickliche Zeit politischer Sozialisation verstreichen zu lassen, bevor man sich zur Wahl stellt.

Diese Art der Führungsauslese hatte einen stark gerontokratischen Einschlag, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht (siehe Tabelle 8).⁶⁵ Faßt man die Altersgruppen 3 und 4 zusammen (45—64 Jahre), so ergibt sich, daß im Gemeinderat der Jahre 1880 69,4 Prozent und 1885 75 Prozent der Mandatäre diesen Altersgruppen angehörten. Der zum Teil

Tabelle 8. Altersstruktur

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1913
	2,8	2,8	5,6	8,3	2,8	6,3	4,2	2,1
1. unter 34	1	1	2	3	1	3	2	1
	22,2	16,6	13,9	22,2	36,7	43,8	33,3	29,2
2. 35—44	8	6	5	8	13	21	16	14
	36,1	55,4	33,3	41,7	29,9	29,2	41,6	39,5
3. 45—54	13	20	12	15	11	14	20	19
	33,3	19,6	33,3	22,2	25,0	18,8	14,6	22,9
4. 55—64	12	7	12	8	9	9	7	11
	0	2,8	11,1	2,8	2,8	2,1	4,2	4,2
5. 65—69	0	1	4	1	1	1	2	2
	2,8	2,8	0	2,8	2,8	0	2,1	2,1
6. 70—74	1	1	0	1	1	0	1	1
	2,8	0	2,8	0	0	0	0	0
7. 75 und darüber	1	0	1	0	0	0	0	0
	100	100	100	100	100	100	100	100
Summe	36	36	36	36	36	48	48	48

biologisch bedingte Verjüngungstrend, der sich in den nachfolgenden Perioden bemerkbar macht (1890 66,6 Prozent, 1895 63,9 Prozent), kulminiert mit der vollzogenen Machtübernahme der Deutschnationalen (1900 54,9 Prozent und besonders 1905 48 Prozent). Der Gemeinderat von 1913 (62,4 Prozent) reflektiert die Verschmelzung der Deutschnationalen mit

den weitaus älteren Fortschrittlern und natürlich auch den Alterungsprozeß, der bei den Deutschnationalen einsetzte.

Im allgemeinen traten die Linzer Gemeinderäte mit ungefähr 45 Jahren in dieses Gremium ein und zogen sich mit ungefähr 65 Jahren aus ihm zurück. Hervorragendstes Beispiel abweichenden Verhaltens ist Dr. Karl Wisner, der noch als Achtzigjähriger Bürgermeister war. Eine Analyse der Altersgruppe unter 34 ergibt, daß die Rekrutierung in den Gemeinderat selten vor Durchlaufen einer politischen Lehrzeit erfolgte und dann meist bei Parteien, die sich anschickten, die herrschende Struktur herauszufordern. Michael Muhr (Kath.-Konservativ) war 1880 34 Jahre alt, Gustav Eder (DN) 34 im Jahre 1895, Dr. Carl Beurle (DN) 35 Jahre, Julius Spielmann (SD) 1905 33 Jahre und Josef Plöckinger (SD) 34 Jahre.

Interessante Aussagen über Überalterung oder Verjüngung einzelner Gemeinderäte ergeben sich aus einer Analyse des Durchschnittsalters der Mandatäre nach politischer Zuordnung, speziell im Fall der Spitzenpolitiker (Tabelle 9). 1880 zeigen die Fortschrittler ganz klare gerontokratische Züge gegenüber den Katholisch-Konservativen mit einem Durchschnittsdifferential von 10,6 Jahren. Das Jahr 1895 zeigt ein deutliches Altersdifferential zwischen den herrschenden Fortschrittlern (47,9 Jahre) und den neuen Herausforderern, den Deutschnationalen, mit dem überaus niedrigen Durchschnittsalter von 41 Jahren. Die Veralterung des Fortschritts und damit seine Unfähigkeit, politischen Nachwuchs zu rekrutieren, erreicht ihren Höhepunkt im Jahre 1905 mit einem Altersdifferential von 15,1 Jahren zwischen Fortschrittlern und Deutschnationalen. Der Gemeinderat des Jahres 1913 reflektiert die neue Anziehungskraft des politischen Katholizismus mit einem Durchschnittsalter von 45,3 Jahren. Die Sozialdemokraten mit einem Durchschnitt von 43,8 Jahren waren eine junge Partei, obwohl die Männer der „ersten Stunde“ wie Anton Weiguny und Anton Reichharzer bereits ein ansehnliches Alter erreicht hatten.

Bedeutsam ist auch, daß das Durchschnittsalter der einflußreicheren Gemeinderäte im allgemeinen etwas niedriger ist als die Durchschnitts-

Tabelle 9. Durchschnittsalter der Mandatäre nach politischer Zuordnung

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Liberal	56,5	51,0	55,3	47,9	50,8	60,0	
Deutschnational				41,0	45,1	44,9	
Katholisch-Konservativ bzw. Christlichsozial	45,9	51,7	57,8	58,5	54,7	61,0	45,3
Sozialdemokratisch						41,9	43,8

Tabelle 10. Durchschnittsalter der „wichtigen“ Mandatäre *

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Liberal	54,3	48,8	49,0	50,5	52,8	61,0	52,6
Deutschnational				39,3	42,0	43,0	
Katholisch-Konservativ							
bzw. Christlichsozial	36,0		42,0				43,0
Sozialdemokratisch						40,5	44,2

werte der gesamten Fraktion (Tabelle 10). Dies trifft nicht mehr für die Fortschrittspartei nach 1895 zu. Die Deutschnationalen sind verantwortlich für die drastische Verjüngung, die zwischen 1895 und 1905 erfolgte. Im Gegensatz zu den Fortschrittlern bewahrten sich die Deutschnationalen die Fähigkeit, frisches Talent zu rekrutieren, wie es sich in den Karrieren von Dr. Franz Dinghofer und Karl Sadleder manifestiert.

Konfessionszugehörigkeit

Seit der Rudigierkrise hatte Linz die Reputation, ein Zentrum des Antiklerikalismus zu sein. Antiklerikalismus hatte aber sehr wenig mit Konfessionslosigkeit zu tun. Auf jeden Fall spielte die Konfessionszugehörigkeit in der Rekrutierung der Gemeinderäte eine geringe Rolle. Gewiß bekämpften die Fortschrittler auf Grund ihrer freisinnigen Ansichten den Einfluß der katholischen Kirche auf das öffentliche Leben. Sie traten für die Unterordnung der katholischen Kirche unter die Staatsautorität und für die Gleichberechtigung aller vom Staat anerkannten Konfessionen ein. Aber sie erkannten die Validität der religiösen Gesinnung für das Volk an und setzten sich entrüstet zur Wehr, wenn man ihren Katholizismus anzweifelte.⁶⁶

Wie die Tabelle zeigt — nicht überraschend in einer überwiegend katholischen Umgebung —, waren die meisten Fortschrittler Katholiken (Tabelle 11). Keiner der wirklich maßgeblichen Fortschrittspolitiker war Protestant. Zwischen 1880 und 1913 kann man jedoch ein leichtes Abbröckeln der Katholiken zugunsten der Protestanten und Konfessionslosen erkennen. Das hängt offensichtlich mit dem Aufstieg der Deutschnationalen und dem Eintritt der Sozialdemokraten zusammen. Obwohl Dr. Carl Beurle stets im Schoße der Kirche verblieb,⁶⁷ traten einige seiner Gesinnungsgenossen betont radikal in Sachen Religion auf. So brach

* Als „wichtige“ Mandatäre wurden Gemeinderäte angesehen, die auch Abgeordnete zum Reichsrat oder Landtag, Bürgermeister oder Vizebürgermeister, Präsidenten oder Vizepräsidenten der Handelskammer oder Obmänner des Liberal-Politischen Vereins waren.

Josef Böheim, der Führer des gewerblichen Mittelstandes in Linz, mit dem Katholizismus und wurde evangelisch. Dr. Fritz Ruckensteiner, ebenfalls evangelisch, spielte in der an sich unbedeutenden „Los-von-Rom“-Bewegung in Linz eine führende Rolle. Die Abfallsbewegung der Sozialdemokraten von der Kirche war auch im Gemeinderat feststellbar. Anton Weiguny deklarierte sich offen als konfessionslos; auch zwei andere Sozialdemokraten traten aus der Kirche aus und einer wurde Altkatholik. Allerdings ist in den letzten drei Fällen nicht eruierbar, ob dies vor oder nach dem ersten Weltkrieg erfolgte.

Tabelle 11. Konfessionszugehörigkeit der Gemeinderäte

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1913
Römisch-katholisch	91,6 33 5,6	80,4 29 11,2	94,4 34 5,6	97,2 35 2,8	86,1 31 13,9	91,6 44 4,2	85,3 41 6,3	83,2 40 4,2
Protestantisch	2	4	2	1	5	2 2,1	3 2,1	2 2,1
Altkatholisch	—	—	—	—	—	1	1	1
Mosaisch	—	—	—	—	—	—	—	—
Konfessionslos	— 2,8	— 8,4	—	—	—	2,1 1	4,2 2	6,3 3
Unbekannt	1	3	—	—	—	—	2,1 1	4,2 2
Summe	100 36	100 36	100 36	100 36	100 36	100 48	100 48	100 48

Ob nun die katholischen Gemeinderäte Durchschnittsdominikanten oder Saisonkatholiken oder gar nur Taufscheinkatholiken gewesen sind, läßt sich mit Ausnahme der Katholisch-Konservativen und Christlichsozialen, die als Aktivisten des politischen Katholizismus in politischen und sozialen kirchlichen Vereinen eine führende Rolle spielten, nicht feststellen. Der antiklerikale Effekt hatte seine Nützlichkeit in der Integration der Fortschrittlichen und Deutschnationalen, stand aber einer politischen Kooperation zwischen Klerikalen und Sozialdemokraten nicht im Wege. Überhaupt scheint es, daß im Linz der Vorkriegszeit die religiösen Fronten noch nicht erstarrt waren. Der Linzer Gemeinderat war kein guter Boden für „Kaplansdemagogie“,⁶⁸ auch kann man keine einfache Identität von antiklerikal und antikirchlich voraussetzen.

Geographische Herkunft

Der Linzer Gemeinderat setzte sich in der Mehrzahl aus Mandataren zusammen, die nicht in der Stadt ihrer politischen Aktivität geboren

wurden. Der Trend geht jedoch in Richtung einer erhöhten Vertretung gebürtiger Linzer. Waren 1880 nur 16,5 Prozent der Mandatare in Linz geboren, so waren es 1913 41,6 Prozent. Betrachtet man Oberösterreich, das unmittelbare Einzugsgebiet für Linz, ergibt sich ein gegenläufiger Trend. 1880 waren 41,5 Prozent der Mandatare in Oberösterreich geboren, 1913 nur 29,1 Prozent (Tabelle 12).

Tabelle 12. Geographische Herkunft der Gemeinderäte

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1913
Linz	16,5	25,0	41,7	30,6	38,8	47,9	41,6	41,6
	6	9	15	11	14	23	20	20
	41,5	44,5	36,1	30,6	30,6	25,0	25,0	29,1
Oberösterreich	15	16	13	11	11	12	12	14
Andere Alpenländer	19,6	16,5	11,1	25,1	22,2	18,8	22,9	16,7
einschließlich Wien	7	6	4	9	8	9	11	8
Böhmen, Mähren,	14,0	8,4	11,1	11,1	5,6	8,3	6,3	6,3
Schlesien	5	3	4	4	2	4	3	3
	5,6	5,6					4,2	4,2
Übrige Monarchie	2	2					2	2
	2,8			2,8	2,8			2,1
Ausland	1			1	1			1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100
	36	36	36	36	36	48	48	48

Diese Trends lassen sich auch feststellen, wenn man die geographische Herkunft der Mandatare nach politischer Zuordnung betrachtet (Tabelle 13). Die Mehrzahl der Gemeinderäte ist demnach in Oberösterreich geboren. Leider ist der Aussagewert des Geburtsortes gering, da man daraus nicht ablesen kann, wann der Mandatar zuwanderte und seine Integration in die Stadtpolitik erfolgte.

Eine Methode, den Aussagewert des Geburtsortes zu erhöhen, besteht in einem Vergleich der Mandatare, die aus alten Linzer Familien mit hohem sozioökonomischem Status stammen, mit den wichtigen Politikern, die im Gemeinderat vertreten waren (Tabelle 14). Mit Ausnahme des Jahres 1880 kann man keinesfalls von einer Herrschaft der „Zugewanderten“ sprechen. Es gab genügend bodenständiges politisches Talent in Linz. Schlüsselst man obige Tabelle nach der Parteizugehörigkeit auf, so ist bedeutsam, daß 1895 die deutschnationalen „Wichtigen“ aus Mähren, Niederösterreich und gar Deutschland kamen. Aber 1905 waren die Deutschnationalen bereits „verlinzert“ und stellten drei der fünf „Wichtigen“ aus alten Linzer Familien.

Tabelle 13. Geographische Herkunft der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung

	1880				1900				1905				1913			
	L	CS	Ubk.	L	DN	CS	Ubk.	L	DN	CS	SD	Ubk.	DN/L	CS	SD	
Linzer	12,4	22,3	33,3	35,2	50,0	—	25,0	53,9	40,9	—	40,0	50,0	44,4	25,0	25,0	
	3	2	1	6	6	—	1	7	9	—	4	1	16	1	2	
Oberösterreich	37,6	55,5	33,3	47,1	16,7	—	25,0	30,9	31,9	—	30,0	—	27,8	25,0	50,0	
Alpenprovinzen	9	5	1	8	2	—	1	4	7	—	3	—	10	1	4	
und Wien	21,0	11,1	33,4	11,8	25,0	66,7	50,0	7,6	22,7	—	20,0	50,0	13,9	—	25,0	
Böhmen, Mähren	5	1	1	2	3	2	2	1	5	—	2	1	5	—	2	
Schlesien	16,6	11,1	—	5,9	—	33,3	—	7,6	4,5	100	10,0	—	8,3	—	—	
Übrige	4	1	—	1	—	1	—	1	1	1	1	—	3	—	—	
Monarchie	8,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,6	25,0	—	
	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	
	4,2	—	—	—	8,3	—	—	—	—	—	—	—	—	25,0	—	
Ausland	1	—	—	—	1 (Münch.)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
	24	9	3	17	12	3	4	13	22	1	10	2	36	4	8	

Es fällt auch auf, daß viele Akademiker nicht in Linz geboren waren. 1880 waren nur zwei von zwölf in Linz geboren, 1885 drei von zwölf, 1890 vier von neun, 1895 zwei von zwölf, 1905 vier von elf und 1913 fünf von neun. Dies ist wohl mit der Tatsache zu erklären, daß Linz keine Universität besaß, daher nicht mit Akademikern überlaufen war und einen günstigen Arbeitsmarkt darstellte.

Tabelle 14. Herkunft aus alten Linzer Familien

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Aus alter							
Linzer Familie*	3	7	13	11	13	13	15
„Wichtiger“							
Politiker**	10	11	9	11	11	14	11
davon aus alter							
Linzer Familie	2	3	6	5	5	6	5
davon aus							
Oberösterreich	5	4	3	2	3	4	3
Rest aus	Wien	Böhmen		Tirol	Tirol	Tirol	Mähren
	Slawo-	Tirol		Mähren	Dtschl.	Böhmen	Tirol
	nien			NÖ.		NÖ.	Steier-
	Tirol			Dtschl.		Wien	mark

Vom Standpunkt der politischen Sozialisierung müßte man natürlich über eine bloße Quantifizierung von Geburtsorten hinausgehen und auch jene Aufenthaltsorte mit in die Analyse einbeziehen, die für einen Mandatar prägend gewesen sein können. Studienorte gehören sicherlich dazu. Der Antisemitismus eines Dr. Beurle oder eines Dr. Dinghofer kann weitgehend mit der Atmosphäre ihres Studienaufenthaltes in Wien bzw. Graz erklärt werden.

Die Schulbildung

Der Anteil der Mandatare, die lediglich Volksschulbildung besaßen, ging von 52,8 Prozent im Jahre 1880 auf 12,6 Prozent im Jahre 1913 zurück. Ein Teil der Erklärung liegt darin, daß ab 1869 eine dreijährige Bürgerschule einen etwas höheren Bildungsweg ermöglichte, der sich von 1900 an in der Bildungsstruktur bemerkbar macht⁶⁹ (Tabelle 15).

* Mandatar, dessen Vater bereits hohen sozioökonomischen Status in Linz hatte.

** „Wichtige“ Politiker sind: Abgeordnete zum Reichsrat, Landtag, Bürgermeister, Vizebürgermeister, Präsident und Vizepräsident der Handelskammer, Obmann des Liberal-politischen Vereins.

Tabelle 15. Höchste Stufe der Schulbildung

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Volksschule	52,8 19	55,5 20	58,3 21	36,2 13 2,7	22,2 8 8,3	22,9 11 25,0	12,6 6 37,6
Bürgerschule				1	3	12	18
Mittlere berufsbildende Schule ohne Matura	8,3 3	8,3 3	16,7 6	19,4 7	27,8 10	16,7 8	16,6 8
Gymnasium, Realschule, Lehrerbildungsanstalt	5,6 2 33,3			11,2 4 30,5	11,2 4 30,5	12,5 6 22,9	14,5 7 18,7
Universität	12	13	9	11	11	11	9
Summe	100 36	100 36	100 36	100 36	100 36	100 48	100 48

Da auch die Bürgerschule eine Bildungssackgasse darstellte, faßten wir Volks- und Bürgerschule zusammen. Die Ergebnisse waren wie folgt:

1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
52,8 %	55,5 %	58,3 %	38,8 %	30,5 %	47,9 %	50,2 %

Der Rückgang in den Jahren 1895 und 1900 reflektiert die allgemeine Verjüngung des Gemeinderates durch Rekrutierung von Mandataren, die Mittelschulbildung mit oder ohne Matura aufweisen, bei etwa gleichbleibender Sozialstruktur. 1905 und 1913 werden dann die Anteile der Mandatare mit Volks- und Hauptschule durch den Eintritt der Sozialdemokraten wieder erhöht. Ein ähnlicher Trend ergibt sich, wenn man die Mandatare zusammenfaßt, für die die Mittelschulbildung mit oder

1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
13,9 %	8,3 %	16,7 %	25,1 %	39,0 %	29,2 %	31,1 %

ohne Matura die höchste Bildungsstufe darstellt. Die Bedeutung des mittleren Bildungsweges erhöht sich bis 1900, worauf der Eintritt der Sozialdemokraten einen Rückgang der Prozentzahlen verursacht.

Unter den Schulen der mittleren Reife mit Matura überwiegt, nicht überraschend, das Gymnasium, die Schule der Oberschicht (Tabelle 16).

Tabelle 16. Typus der Schule mittlerer Reife

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Gymnasium	12	11	8	8	9	9	7
Realschule	1	2	2	3	4	4	3
Lehrerbildungsanstalt			1	2	2	3	4
Staatsgewerbeschule				1		1	2
Forstakademie				1			
Priesterseminar	1						
Summe	14	13	11	15	15	17	16

Auch hier muß zur Erklärung die Geschichte des Schulwesens in Österreich herangezogen werden. Realschulen gab es seit 1868, Lehrerbildungsanstalten seit 1874, eine Handelsakademie in Linz seit 1882.⁷⁰ Dies ist aber nur eine Teilerklärung. Für gewisse Berufspositionen ist eine bestimmte Schulbildung nötig, für andere nicht. Ein Advokat oder Mediziner brauchte unbedingt die Matura im Gymnasium als Eintrittskarte zur Universität. Letztlich wurde die Entscheidung in der Familie sehr früh gefällt und setzte im allgemeinen einen höheren sozioökonomischen Status voraus. Ein Kaufmann jedoch brauchte diesen Bildungsgang nicht und konnte es durchaus zu Vermögen und Einfluß ohne höhere oder sogar mittlere Schulbildung bringen. Die vertikalen Mobilitätschancen des Liberalismus lagen ja gerade darin, durch Abbau der Zunftschranken tatkräftigen und unternehmungsfreudigen Angehörigen der Mittelschicht den Aufstieg zu ermöglichen. Es war daher nicht ungewöhnlich, daß Linzer Kaufleute wie Johann E. Wimhölzel oder Franz Dimmel keine hohe formale Ausbildung aufwiesen. Die Stufenleiter lief von der Volksschule über die kaufmännische Lehre und die Tätigkeit als Handlungsgehilfe zum eigenen Geschäft. Dieser lose Zusammenhang zwischen formaler Schulbildung und hohem sozioökonomischen Status ist allerdings nicht signifikant für die Kategorien der freien Berufe und des hohen und mittleren Beamtentums.

Der Anteil der Mandatäre mit Universitätsausbildung ist relativ hoch und bewegt sich von 1880 bis 1900 um ungefähr 30 Prozent, 1905 und 1913 zeigt der Prozentsatz der Akademiker einen dem Influx der Sozialdemokraten und Christlichsozialen entsprechenden Rückgang. Der Anteil der Juristen unter den Mandatären pendelt zwischen 1880 und 1913 um etwas mehr oder weniger als die Hälfte (Tabelle 17). Wir haben es hier mit dem

Tabelle 17. Spezialisierung/Universitätsstudium

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Juristisches Studium							
mit Doktorat	4	5	1	4	6	5	4
Juristisches Studium	2	2	2	1			
Medizinisches Studium	1	1	1	1	1	2	2
Technische Hochschule	3	3	3	4	3	2	2
Doktor der Philosophie	1	1	1			1	
Doktor der Chemie (Apotheker)	1	1	1				
Apotheker				1	1	1	1
Summe	12	13	9	11	11	11	9
davon mit Doktorat	7	8	4	5	7	8	6

Tabelle 18. Schulbildung der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung

	1880			1900				1905				1913			
	L	CS	Ubk.	L	DN	CS	Ubk.	L	DN	CS	SD	Ubk.	DN/L	CS	SD
Volksschule	41,7 10	66,7 6	100 3	18,8 3	25,0 3	33,4 1	25,0 1	15,3 2	18,1 4	—	40,0 4	50,0 1	11,1 4	25,0 1	25,0 2
Bürgerschule	—	—	—	—	2	1	—	—	6	—	5	1	10	2	5
Mittlere berufsbildende Schule ohne Matura	12,5 3	—	—	31,2 5	16,7 2	—	50,0 2	38,5 5	9,0 2	100 1	—	—	19,4 7	25,0 1	—
Gymnasium, Realschule, Lehrerbildungsanstalt	4,2 1	11,1 1	—	12,5 2	8,3 1	33,3 1	—	15,3 2	13,7 3	—	10,0 1	—	16,7 6	—	12,5 1
Universität	41,6 10	22,2 2	—	37,5 6	33,3 4	—	25,0 1	20,9 4	31,9 7	—	—	—	25,0 9	—	—
Summe	100 24	100 9	100 3	100 16	100 12	100 3	100 4	100 13	100 22	100 1	100 10	100 2	100 36	100 4	100 8

seit Beginn des liberalen Parlamentarismus üblichen Juristenmonopol zu tun. Eine parteipolitische Aufschlüsselung der Schulbildung der Mandatäre manifestiert, da der Bildungsgrad mit bestimmten beruflichen Positionen korreliert, die von der Berufsstruktur zu erwartenden Unterschiede (Tabelle 18). Fortschrittler und Deutschnationale zeigen 1905 eine nicht überraschende Ähnlichkeit der Bildungsstruktur auf höherer Ebene und reflektieren die unterschiedliche Anziehungskraft auf den gewerblichen Mittelstand auf Volks- und Bürgerschulebene. Die älteren Fortschrittler zeigen ein ungefähres Gleichgewicht zwischen „ungebildetem“ Besitz und Bildungsbürgertum, die Katholisch-Konservativen zeigen eine Streuung, die Besitz und Bildung indiziert, während die Christlich-sozialen zum „ungebildeten“ Kleingewerbe tendieren. Die Sozialdemokraten sind bildungsmäßig eine proletarische Partei. Es war ihnen zu dieser Zeit im Linzer Raum daher aus verständlichen Gründen nicht gelungen, Akademiker anzuziehen.

Die Berufsstruktur und soziale Schichtung

Nachfolgend werden die sozialstrukturellen Veränderungen der Gemeinderäte 1880—1913 mangels komplexerer Indikatoren mit Hilfe der beruflichen Zuordnung analysiert.⁷¹ Wir sind von der Annahme ausgegangen, daß von den Background-Variablen, die mit dem politischen Verhalten der Gemeinderäte zusammenhängen, der Beruf, dem sie ihren sozioökonomischen Status verdanken, von hoher prädikativer Kraft ist. Diese Methode ermöglichte es auch Kaufleute, die sich von den Geschäften zurückgezogen hatten, aber aktiv in der Politik blieben, und pensionierte Beamte und Offiziere in die Berufskategorien einzubauen. Man hätte natürlich auch den erlernten Beruf zur Charakterisierung der beruflichen Situation heranziehen können. Die Materiallage in bezug auf den erlernten Beruf war jedoch wenig befriedigend, während die verfügbaren Angaben über den während der Mandatsperiode ausgeübten Beruf zuverlässiger waren. In Zweifelsfällen wurde bei der Schichtenzuordnung die Bildung der Mandatäre als zusätzlicher Indikator benutzt. Die folgenden Berufskategorien wurden unterschieden und zu drei Schichten zusammengezogen: Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht.

1. Kaufleute
2. Fabrikanten und Unternehmer
3. Hoteliers
4. Großbauer

I. Oberschicht oder
Honoratiorenschicht

5. Freie Berufe wie Advokat, Arzt, Apotheker, Zivilingenieure, Großbaumeister (im Zweifelsfall war der akademische Titel ausschlaggebend)	I. Oberschicht oder Honoratiorenschicht
6. Leitende Privatangestellte und Direktoren	
7. Leitende Staats-, Landes- und Kommunalbeamte, Lehrer mit akademischem Titel	
8. Mittlere Angestellte und Beamte, Lehrer mit mittlerer Reife	II. Mittelschicht, gewerblicher Mittelstand oder „Alter Mittelstand“
9. Kleingewerbetreibende	
10. Kleinbetriebliche Händler, wie Krämer und Greißler	
11. Gastwirte und Hausbesitzer	
12. Parteiangestellte	III. Unterschicht
13. Arbeiter und Gesellen	

Ausgehend von obigem sehr grob gehaltenen Schema ergab sich folgende berufliche Distribution (Tabelle 19). Ein erster Blick zeigt schon, daß Linz noch in einer gewerblichen Gesellschaftsordnung verharnte. Der Beweis dafür ist nicht in den Gruppen 12 und 13 zu suchen, denen durch das herrschende Wahlrecht eine adäquate Repräsentation künstlich verweigert wurde, sondern in der Abwesenheit der Angestelltenschaft. Die Schicht der Angestellten ist in einer gewerblichen Wirtschaft noch kaum vertreten oder wird weitgehend als Durchgangsposition der Ausbildung zum selbständigen Kaufmann oder Unternehmer anzusehen sein. Zur Gruppe 6 der leitenden Privatangestellten wäre zu sagen, daß es sich zu meist um Kandidaten in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Honoratioren oder zu von Honoratioren dominierten Institutionen handelt, was dann dazu führt, sie für die Politik „freizustellen“.⁷² Kategorie 8 umfaßt überwiegend Lehrer, Staatsbahnbeamte und Postbeamte, also mittlere Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Die Abwesenheit der Angestellten ist ein Indiz dafür, daß der Rationalisierungsprozeß, den wir mit der industriellen Gesellschaft verbinden, noch nicht sehr weit fortgeschritten war.⁷³

Betrachtet man die Veränderungen, die sich zwischen 1880 und 1913 ergaben, so erscheinen die Kleingewerbetreibenden und die mittleren Beamten als die großen Gewinner und die selbständigen Honoratiorenberufe als die großen Verlierer. 1880 waren die Linzer Gemeinderäte noch Repräsentanten des gehobenen Bürgertums, 1913 haben die Kleingewerbetreibenden zumindest die Parität erreicht. Die Wandlung in der Berufsstruktur reflektiert die Transformation der politischen Struktur durch den Aufstieg des Kleinbürgertums. Gruppe 7, der gehobene öffent-

Tabelle 19. Beruf während der Mandatsperiode

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
	19,4	22,2	30,8	16,6	27,8	12,6	12,6
1. Kaufleute	7	8	11	6	10	6	6
	8,3	5,5	8,3	13,9	11,1	6,2	4,2
2. Fabrikanten, Unternehmer	3	2	3	5	4	3	2
	8,3	5,5	5,5	2,8		4,2	2,0
3. Hoteliers	3	2	2	1		2	1
						2,0	
4. Landwirte						1	
5. Freie akademische Berufe *	22,2	25,0	13,9	25,0	22,2	14,6	12,6
	8	9	5	9	8	7	6
	2,8		5,5	2,8		2,0	2,0
6. Leitende Privatangestellte	1		2	1		1	1
	11,2	13,9	13,9	13,9	8,3	3,3	8,3
7. Hohe Staatsbeamte **	4	5	5	5	3	4	4
	2,8		5,5	5,5	11,1	16,7	20,9
8. Mittlere Beamte ***	1		2	2	4	8	10
	8,3	13,9	8,3	11,2	11,2	10,5	16,7
9. Kleingewerbetreibende	3	5	3	4	4	5	8
10. Kleinbetriebliche Händler ****	13,9	11,2	5,5	8,3	5,5	4,1	6,2
	5	4	2	3	2	2	3
	2,8	2,8	2,8		2,8	4,1	2,1
11. Gastwirte, Hausbesitzer	1	1	1		1	2	1
						12,6	6,2
12. Parteiangestellte						6	3
						2,1	6,2
13. Arbeiter						1	3
	100	100	100	100	100	100	100
Summe	36	36	36	36	36	48	48

liche Dienst, bewahrte sich zwar seine Stellung, der mittlere öffentliche Dienst jedoch zeigt die größte Wachstumsrate.

Die soziale Umschichtung des Gemeinderates wird auch durch den sich verändernden Anteil der Selbständigen und Unselbständigen angedeutet.

Selbständige und Unselbständige im Linzer Gemeinderat (in Prozent)

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
Selbständige	83,2	86,1	75,2	77,8	80,6	58,3	56,3
Unselbständige	16,8	13,9	24,8	22,2	19,4	41,7	43,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* Advokat, Arzt, Apotheker, Zivilingenieur, Großbaumeister.

** Leitende Staats-, Landes- und Kommunalbeamte, Lehrer mit akademischem Titel

*** Mittlere Angestellte und Beamte, Lehrer mit Lehrerbildungsanstalt.

**** Krämer, Greißler.

Tabelle 20. Beruf während der Mandatsperiode nach Parteizuordnung

	1880				1900				1905				1913			
	L	CS	UbK.	L	DN	CS	UbK.	L	DN	CS	UbK.	DN/L	CS	SD	CS	SD
1. Kaufleute	29,3 7	—	—	41,0 7	16,6 2	33,3 1	—	30,7 4	9,0 2	—	—	16,7 6	—	—	—	—
2. Fabrikanten, Unternehmer	8,3 2	11,1 1	—	17,8 3	8,3 1	—	—	23,1 3	—	—	—	5,5 2	—	—	—	—
3. Hoteliers	8,3 2	11,1 1	—	—	—	—	—	—	9,0 2	—	—	2,8 1	—	—	—	—
4. Landwirte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—
5. Freie akademische Berufe	25,1 6	22,3 2	—	17,8 3	33,4 4	—	25,0 1	23,1 3	18,2 4	—	—	16,6 6	—	—	—	—
6. Leitende Privatangestellte	—	—	—	—	—	—	—	—	4,6 1	—	—	2,8 1	—	—	—	—
7. Hohe Staatsbeamte	16,6 4	—	—	11,8 2	—	—	25,0 1	7,7 1	13,6 3	—	—	11,1 4	—	—	—	—
8. Mittlere Beamte	4,1 1	11,1 1	—	5,8 1	8,3 1	33,3 1	25,0 1	7,7 1	18,2 4	—	—	22,3 8	25,0 1	12,5 1	—	—
9. Kleingewerbetreibende	—	3	—	5,8 1	25,1 3	—	—	7,7 1	18,2 4	—	—	11,1 4	50,0 2	12,5 1	—	—
10. Kleinbetriebliche Händler	8,3 2	11,1 1	66,7 2	—	8,3 1	33,4 1	—	—	4,6 1	—	—	11,1 4	—	—	—	—
11. Gastwirte, Hausbesitzer	—	—	33,3 1	—	—	—	25,0 1	—	4,6 1	—	—	—	25,0 1	—	—	—
12. Parteiangestellte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37,5 3	—
13. Arbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37,5 3	—
Summe	100 24	100 9	100 3	100 17	100 12	100 3	100 4	100 13	100 22	100 1	100 2	100 36	100 4	100 8	100 4	100 8

Seit der Einführung des IV. Wahlkörpers nimmt der Anteil der Unselbständigen drastisch zu.

Der Sieg der Deutschnationalen über die Fortschrittlichen ist von der Aufschlüsselung der Berufsstruktur nach der Parteizuordnung ablesbar (Tabelle 20). Im Jahre 1880 war der Fortschritt die Partei der Kaufleute, der freien akademischen Berufe und der hohen Staatsbeamten. 1900 und 1905 waren die Fortschrittler überwiegend die Partei der Kaufleute, Fabrikanten und der freien akademischen Berufe. Die hohen Beamten waren zu den Deutschnationalen abgewandert, das Kleingewerbe konnten sie nicht anziehen. 1900 waren die Deutschnationalen eine Kombination von freien akademischen Berufen und dem Kleingewerbe. 1905 stellten die freien akademischen Berufe und die hohen Beamten, die Offiziere und das Kleingewerbe mit den mittleren Beamten das deutschnationale Fußvolk.

Die Katholisch-Konservativen waren eine Partei mit großer beruflicher Streuung, die Christlichsozialen eine Partei des Kleingewerbes und der mittleren Beamten. Die Sozialdemokraten waren natürlich die Partei der Arbeiter und führten mit den Parteiangestellten ein neues Element in die Berufsstruktur ein.

Vollends transparent wird der soziologische Strukturwandel durch den Kollaps der Berufskategorien (Tabelle 21). 1880 ist die Herrschaft der

Tabelle 21. Schichtung nach dem Beruf während der Mandatsperiode

	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1913
I. Oberschicht	72,2	72,2	77,7	75,0	69,4	50,0	41,6
1—7	26	26	28	27	25	24	20
II. Mittelschicht	27,8	27,8	22,3	25,0	30,6	35,4	45,8
8—11	10	10	8	9	11	17	22
III. Unterschicht						14,6	12,6
12—13	—	—	—	—	—	7	6
Summe	100	100	100	100	100	100	100
	36	36	36	36	36	48	48

Oberschicht noch unerschüttert. 1913 muß sie sich die Herrschaft mit einer kleingewerblichen und beamteten Mittelschicht teilen. Es ist eine Herrschaft, die gewiß obergesellschaftliche Akzente hat, müssen doch Bürgermeister und die Vizebürgermeister der Oberschicht zugeordnet werden, aber diese Lage demonstriert auch, daß der kleingewerbliche Mittelstand es in dieser Übergangszeit von der vorindustriellen gewerblichen Ordnung zur modernen Industriegesellschaft verstanden hat, seine Machtlage entscheidend zu verbessern.

Zum Teil ist dies aus der gesamtstaatlichen Perspektive zu erklären. Der gewerbliche Mittelstand hatte politische Protektion, deren gesetzlicher Ausdruck die Gewerbeordnung von 1883 war, die das Zunftwesen wieder herstellte und den Befähigungsnachweis durchsetzte. Die gewerbefreundliche Politik führte auch zu einer Steuergesetzgebung, die kleingewerblich-handwerkliche Betriebsformen konservierte und zu einem Stagnationsprozeß im wirtschaftlichen Wachstum führte.⁷⁴ Da der gewerbliche Mittelstand Erleichterungen im Wettbewerb mit größeren Unternehmungen von einem autoritären Regime erlangte, erwartete er auch in der Zukunft mehr von autoritären wie von demokratischen Lösungen. Die obrigkeitliche „Verhätschelung“ des gewerblichen Mittelstandes verhinderte, daß Oberösterreich und Linz die Aufschwungsspanne der Wirtschaft von 1896 bis 1913 in gebührender Weise ausnützen konnte. Der Handel und das Gewerbe blühten in Linz nach 1900 — zeitlich fiel der Wiederanstieg der Konjunktur mit dem Erstarken gewerblichen Einflusses zusammen —, aber trotz eines Umschichtungsprozesses im Gewerbe in bezug auf Produktionszweige blieb die kleinbetriebliche Struktur erhalten.⁷⁵ Vergeblich sucht man in Linz nach einem Josef Werndl, um aus der Enge kleingewerblicher Erzeugung in die fabrikmäßige Produktion auszubrechen. Das Handwerk konsolidierte sich auf dem Niveau der Kleinunternehmung. Die industrielle Entwicklung retardierte, obwohl natürlich eine langsame Verschiebung der Gewichtung zwischen Handwerk und industrieller Produktion erfolgte. Die großen Industrie Gründungen fanden in Linz erst kurz vor oder während des zweiten Weltkrieges statt.⁷⁶ Ironischerweise erfolgten diese unter einem Regime, von dem sich der gewerbliche Mittelstand Schutz erhofft hatte.⁷⁷

Nachteilig für Industrie Gründungen wirkte sich auch das Fehlen leistungsfähiger Investitionsbanken aus. Die großen Geschäfte der Oberbank lagen nicht auf industriellem Gebiet, die Sparkasse und andere kleinere Kreditinstitute dienten der Mobilisierung von Kapital für den Handel und den Gewerbestand.⁷⁸ Diese Ausrichtung auf Förderung des Handels und des gewerblichen Mittelstandes ist ja nicht zufällig, da die Politiker der Deutschnationalen und Liberalen maßgebende Funktionen in diesen Geldinstituten innehatten.

Doch waren auch Kontrasttendenzen ersichtlich. Dieselben Politiker, welche die antiindustriellen protektionistischen Forderungen des gewerblichen Mittelstandes unterstützten, waren maßgeblich am Konzentrationsprozeß in einigen Industrien beteiligt und dies mit Hilfe des verachteten Instruments des Manchesterliberalismus, nämlich der Aktiengesellschaft.

Paradigmatisch sei Dr. Carl Beurle erwähnt, der eine umfangreiche organisatorische Tätigkeit in Wirtschaft und Industrie entfaltet hatte, die vielfach von der Rechtsberatung zur Übernahme direkter wirtschaftlicher Funktionen führte. Er war die treibende Kraft im Elektrizitätskonsortium, das zur Elektrifizierung der Linzer Tramway gegründet wurde. 1898 wurde er Präsident des Verwaltungsrates der Linzer ESG. Er war auch führend an der Forcierung des Partensteinprojektes beteiligt, hatte langjährige Geschäftsverbindungen mit verschiedenen oberösterreichischen Brauereien und wandelte 1904 die Brauerei Josef Poschacher in eine Aktiengesellschaft um. Beurle spielt auch eine führende Rolle in der Förderung der Kartelle, z. B. des Schutzverbandes alpenländischer Brauereien und des Spirituskartells.⁷⁹

Nun ist ja die Kartellbewegung zwar Ausdruck einer gewissen Wettbewerbsmüdigkeit, aber auch Indiz für den industriellen Konzentrationsprozeß. In diesem Sinne besteht ein Widerspruch zwischen dem wirtschaftspolitischen Denken des kleingewerblichen Mittelstandes und der deutschnationalen wirtschaftlich orientierten Oberschicht. Eine der Funktionen des Antisemitismus war es, Widersprüche dieser Art zu verdecken.

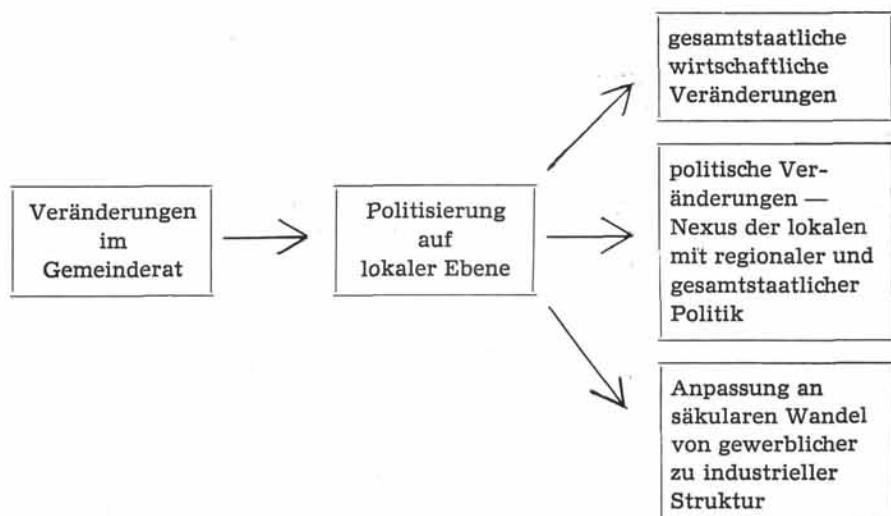
Die Allianz zwischen deutschnationaler Oberschicht und dem überwiegend deutschnationalen gewerblichen Mittelstand war symbiotischer Natur.⁸⁰ Beide brauchten einander. Die soziale Basis der deutschnationalen Oberschicht war im Zeitalter der Massenparteien zu schmal zur Behauptung der Macht. Der kleingewerbliche Mittelstand stellte das wahltaktisch essentielle Fußvolk, um die Angriffe der Arbeiterbewegung mit ihrer geistigen Programmatik marxistischer Provenienz abzuwehren. Der kleingewerbliche Mittelstand erwartete von der Hintanhaltung der sozialen und politischen Emanzipation der Arbeiterschaft Schutz gegen das Abrutschen in eine proletarische Existenz. Er erwartete diesen Schutz in der Form wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die eine präindustrielle wirtschaftliche Organisation perpetuieren sollte. Die Formel war: Bürgerliche Herrschaft, ja — Großindustrie, nein. Der wirtschaftspolitische Horizont der deutschnationalen Oberschicht war natürlich weiter gesteckt, aber die Bewahrung der Macht hatte Priorität über ökonomische Rationalität.

Die in ihren Zielen verfehlte Gewerbefreundlichkeit ermöglichte zwar eine geordnete Integration des gewerblichen Mittelstandes in die Machtstruktur der Stadt, aber der Preis, den die deutschnationale Oberschicht dafür bezahlen mußte, war hoch. Das Fehlen der durch diesen Zwiespalt zwischen den Interessen des Kleingewerbes und der Modernisierung verursachten inneren Einheitlichkeit führte nach Wegfallen der Schutz-

mauer des Privilegienwahlsystems auch sie eventuell in Versuchung, ihre verlorene Macht durch autoritäre Lösungen wieder zu erlangen.

ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG

Welche Schlußfolgerungen kann man nun im Rahmen der vier Hypothesen ziehen, die der Studie ihren konzeptuellen Rückhalt gegeben haben und die man modellhaft wie folgt darstellen kann.



1. Der lange Konjunkturabschwung 1873—1896 politisierte den gewerblichen Mittelstand, der, einmal in Bewegung gebracht, Rückhalt bei gesellschaftlichen Kräften suchte, die seine wirtschaftlichen und sozialen Belange wahrnehmen würden. Der Fortschritt zeigte in seinem ängstlichen Festhalten am derzeitigen Besitzstand wohl Verständnis, aber keine Eile. Der gewerbliche Mittelstand wandte sich an den von antiliberalen Kräften dominierten Staat und an die in Abkehr vom Liberalismus sich formierenden Kollektivbewegungen, soweit sie nicht einen Umsturz der Gesellschaft propagierten. In Linz waren es die Deutschnationalen, die in ihrer Herausforderung der liberalen Herrschaft nach einer Massenbasis suchend, sich dem gewerblichen Mittelstand als Führungskader offerierten. Sie waren antiliberal, gebärdeten sich antikapitalistisch und versprachen die Lösung mittelständischer Probleme in einem emotionalen Jargon des Ressentiments, den der gewerbliche Mittelstand attraktiv fand. Dieser erhöhten Politisierung des Lebens standen die Fortschrittler sowohl auf

gesamtstaatlicher wie auf lokaler Ebene hilflos gegenüber. Ihr Festhalten an zumindest einigen Prinzipien des Freisinns isolierte sie mehr und mehr und ermöglichte es ihnen auch nicht, den nötigen politischen Führungsnachwuchs zu produzieren. Nach 15 Jahren politischer Rückzugsgefechte kam es zu ihrer Annäherung und zur Aufsaugung durch die Allianz der Deutschnationalen mit dem kleingewerblichen Mittelstand. Die eifrige Beteiligung am Nationalitätenstreit konnte die Desintegration des Fortschritts in Linz und auch anderswo nicht verhindern.

2. Die wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die sich als zwangsläufige Folge der Industrialisierung ergaben, führten auf gesamtstaatlicher Ebene zu einer protektionistischen Gewerbeförderung, die auch auf Linz und Oberösterreich zurückstrahlte. Sie ermöglichte es in Linz, das sich nicht gerade durch Industriefreundlichkeit auszeichnete, dem gewerblichen Mittelstand, seine Position durch Perpetuierung der kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur zu verstärken und zu einem beachtlichen Machtfaktor in der Gemeindepolitik zu werden. Mit dem Aufkommen der Sozialdemokratie wurden seine antikapitalistischen Tendenzen von anti-proletarischen überschattet, wenn auch nicht total eliminiert. Die Dissonanzen, die sich aus der Hoffnung auf industrielles Wachstum, die zumindest das wirtschaftlich orientierte Element der deutschnationalen Oberschicht hegte, und der protektionistischen Gewerbeförderung ergaben, mußten einmal mehr durch den Antisemitismus übertönt werden.

3. Auch auf Gemeindeebene sind Verfassungsfragen Machtfragen. Viele Aspekte des parteipolitischen Lebens in Linz werden verständlich, wenn man die verzögerte Entwicklung des Wahlrechts berücksichtigt. Gerade hier zeigen sich der Nexus, aber auch Unterschiede auf gesamtstaatlicher und Lokalebene besonders deutlich. Die Impulse für die Wahlrechtsreform strahlten von der gesamtstaatlichen Ebene auf die Stadtebene zurück. Da aber die Änderungen der Gemeindestatuten rechtlich den Ländern zugewiesen waren, wurde auch die Politik auf Landesebene involviert. In Linz gelang es den nationalbürgerlichen Kräften, ihre Herrschaft zähe mit Hilfe des Privilegienwahlrechts gegen die von Victor Adler auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts ausgerichtete Sozialdemokratie zu verteidigen.

4. Jenseits der Parteipolitik vollzieht sich ein säkularer Wandel von einer gewerblichen zu einer industriellen Gesellschaftsordnung auf Massenbasis. Die Qualifikationserfordernisse, welche die Gesellschaft an ihre Eliten stellt, sind Ausdruck einer spezifischen sozioökonomischen Entwicklungskonstellation und werden besonders in den Fähigkeiten, die politischen Kräfte zu organisieren und politische Entscheidungen zu treffen,

reflektiert. Gesellschaftliche Rückständigkeit korreliert mit dem Juristenmonopol einerseits und der parteipolitischen Organisationsform des Klubs andererseits.

In Linz ist das Juristenmonopol im Entscheidungsprozeß — es handelt sich hier nicht nur um freiberufliche Advokaten, sondern auch um hohe Beamte — auch ein Indiz, daß die bürgerliche Elite noch in den überholten Konzeptionen des liberalen Parlamentarismus dachte. Er kulminierte im Ideal des freien Mandats, das die Unwilligkeit, sich einer Parteioligarchie unterzuordnen, indizierte. Daß juristischer Sachverstand allein nicht genügte, um im Massenzeitalter zu reüssieren, zeigt die Unfähigkeit zuerst der Liberalen und dann der Deutschnationalen, eine Massenpartei zu entwickeln. Der Antisemitismus der Deutschnationalen und die Prinzipien des Freisinns waren letzten Endes schwache Substitute für eine straffe Parteiorganisation. Die Qualifikationsstruktur des Linzer Gemeinderats vor dem Ersten Weltkrieg war jedoch adäquat, solange sich die Gemeindepolitik im Schutz statischer Kräfte, wie Privilegienwahlrecht, kleingewerbliche Betriebsstruktur und Industriefeindlichkeit, vollziehen konnte. Man kann jedoch schwer behaupten, daß die nationalbürgerliche Elite der Stadt Linz den Eintritt in das 20. Jahrhundert erleichtert hätte.

Veränderungen wirtschaftlicher und politischer Natur sind, wie im zweiten und dritten Abschnitt dieser Studie gezeigt wurde, im Prozeß zunehmender Politisierung auf Stadtebene reflektiert und ihrerseits ablesbar aus der sozioökonomischen, politischen und Befähigungsstruktur des Gemeinderates. Wie soll man nun die Akzente von Glanz und Elend bürgerlicher Herrschaft in Linz setzen? Überspitzt formuliert kann man sagen, daß der Glanz doch beim Fortschritt liegt, obwohl es nur mehr ein müder Abglanz altliberalen Freisinns war. Das Elend aber war deutschnational.

Anmerkungen

¹ Peter Gerlich, *Local Government and Local Politics in Austria; A Preliminary Survey*. Wien 1967.

² Für die Details über die verschiedenen Gemeindestatute ist unentbehrlich Wilhelm Rausch: *Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart*, Linz, 1968, S. 11 ff. Eine kompetente allgemeine Diskussion der konstitutionellen und verwaltungsmäßigen Probleme der Gemeindepolitik für diesen Zeitraum findet sich bei Jifi Klabouch, *Die Lokalverwaltung in Cisleithanien*. In: *Die Habsburgermonarchie, 1848—1918*. Band II, S. 270—305, Wien 1975.

³ Die Veränderung des Jahres 1884 beruhte auf dem Vorbild der Reichsratswahlreform von 1882, die den absoluten Steuerzensus im III. Wahlkörper von 10 auf 5 Gulden direkter Steuer herabsetzte. Auf gesamtstaatlicher Ebene basierte die Wahlreform auf dem Interesse der klerikal-feudalen Mehrheit, den großbürgerlichen Anhang der Liberalen durch das gewerbliche Kleinbürgertum zu majorisieren. Vgl. Richard Charnatz, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, 2. Bd., 2. Aufl., Leipzig 1911, S. 19.

In Linz war aber dem von den Klerikalen geförderten Kleingewerbe bereits der

Einbruch in den III. Wahlkörper gelungen, wo die Katholisch-Konservativen im Gemeinderat von 1880 neun der zwölf Mandate innehatten. Es wäre natürlich sehr interessant, eine empirische Untersuchung über den Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung der Stadt, über die Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkörpern und über die prozentuelle Aufteilung der Wahlberechtigten auf die einzelnen Wahlkörper anzustellen. Dies würde aber den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

⁴ Rausch, Gemeindevertretung, S. 28 ff.

⁵ Fritz Mayrhofer, Franz Dinghofer — Leben und Wirken (1873—1956). In: HistJbL 1969, S. 71.

⁶ Ansätze zu einer Parteiengeschichte bei Kurt Wimmer, Der liberal-politische Verein für Oberösterreich in Linz (1869—1909), phil. Diss., Graz 1957. Die Arbeit vernachlässigt aber total die soziologische Struktur der liberalen Partei. Über die Katholisch-Konservativen bzw. Christlichsozialen ist wertvoll Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser, Landeshauptmann von Oberösterreich, Linz 1973, und verschiedene Werke von Felix Kern wie z. B. 60 Jahre Katholischer Volksverein. In: Kalender des katholischen Volksvereines für Oberösterreich, Jahrgänge 1929 bis 1932, 1934, 1937; Oberösterreichischer Volkskredit 1873—1948, Linz 1949, und Oberösterreichischer Landesverlag, Ried 1951. Kerns Werke behandeln aber mehr landespolitische als Linzer Probleme und sind, da pro domo geschrieben, mit einiger Vorsicht zu benutzen. Das gilt auch für Carl Beurle, Oberösterreich und seine Politik. Ein Überblick von 1870 bis 1912, Linz o. J., und Franz Langoth, Kampf um Österreich, Wels 1951. Es ist zu hoffen, daß die hagiographische Arbeit Else Beurles, Dr. Carl Beurle, 1860—1919, Linz 1960, nicht das letzte Wort über einen bedeutenden Linzer und oberösterreichischen Politiker gewesen ist. Zu erwähnen ist auch Anton Weiguny, Erinnerungen eines Alten. Aus den Anfängen der oberösterreichischen Arbeiterbewegung, Linz 1911. Interessant, wiewohl nicht allzu verläßlich sind Wilhelm Salzer, Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Oberösterreichs, Linz 1963, und Vom Untertan zum Staatsbürger. Oberösterreich von 1848—1918, Linz 1970. Bei Franz Pisecky, Wirtschaft, Land und Kammer in Oberösterreich, 1851—1976, Band I. Das 19. Jahrhundert — die Zeit des Liberalismus, Linz 1976, finden sich wertvolle Hinweise parteipolitischer Natur. Zwei wichtige Werke, die der Verfasser jedoch nicht verwerten konnte, sind Susanne Gipp, Dr. Alfred Ebenhoch (1855—1912), phil. Diss., Wien 1974, und Gerhard Rauch, Die christlich-soziale Vereinigung und die Katholisch-Konservativen Oberösterreichs, 1907—1914, phil. Diss., Wien 1964. Für die Parteien im gesamtstaatlichen Rahmen, bei dem Cisleithanien gemeint ist, waren besonders ergiebig Richard Charnatz, Österreichs innere Geschichte, 2 Bde., und Deutsch-österreichische Politik, Leipzig 1907. Nützlich waren auch Walter B. Simon, The Political Parties of Austria, phil. Diss., Columbia University 1957; William A. Jenks, The Austrian Electoral Reform of 1907, New York 1950, und die modellhafte Behandlung der österreichischen Parteien von Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. In: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. v. Heinrich Benedikt, Wien 1954. Über die allgemeine Entwicklung des Liberalismus und der Deutschnationalen wurde herangezogen Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich, Wien 1955, und Paul Molisch, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie, Jena 1926.

⁷ In Westdeutschland hat Helmut Croon die Probleme des sozialen Wandels, der gemeindlichen Repräsentation und das kommunale Wahlrecht im Zusammenhang erörtert. Vgl. u. a. Die Stadtvertretungen von Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert. In: Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung, hrsg. von R. Dietrich und G. Oestreich, Berlin 1958, S. 289 ff. Unter den herangezogenen stadtgeschichtlichen Arbeiten sei besonders auf Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, und Wolfgang Hofmann, Die Bielefelder Stadtverordneten, Lübeck und Hamburg 1964, hingewiesen. Felix Czeikes Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861—1934), dargestellt am Beispiel der Stadt Wien, Wien 1962, stellt einen österreichischen Beitrag zur kommunalen Sozialgeschichte im Rahmen dieser Methode und Thematik dar. Vgl. besonders Kapitel 2: Politische Parteien und Wahlen. Siehe auch William H. Hubbard, Politics and Society; Society in the Central European City: Graz, Austria, 1861—1918. In: Canadian Journal of History, Vol. V. No. 1 (March 1970), S. 25—45.

⁸ Mayrhofer, Dinghofer, S. 138.

⁹ Diese Transformation lokaler Politik erfolgte natürlich nicht nur in Linz oder Österreich, sondern war eine allgemeine europäische Erscheinung. Vgl. z. B. Torstein Hjøllum, The Politicization of Local Government: Rates of Change, Con-

- ditioning Factors, Effects on Political Culture. In: Scandinavian Political Studies 2 (1967), S. 69 ff., und J. M. Lee, Social Leaders and Public Persons, London 1963.
- ¹⁰ Es wäre eine lohnende Aufgabe, die unterschiedlichen Grade der Transformation der Honoratioren zu den Massenparteien im Linzer und oberösterreichischen Raum empirisch zu untersuchen. Die Unfähigkeit der Liberalen verschiedener Gesinnungen, einen straff durchorganisierten, dauerhaften Parteiapparat zu entwickeln, wird auf gesamtstaatlicher Ebene von Richard Charmatz behandelt. Siehe Österreichs innere Geschichte, 1. Bd., S. 133, und Deutsch-österreichische Politik, S. 4 ff.
- ¹¹ Als Evidenz für „Wichtigkeit“ wurden folgende Funktionen angenommen: Abgeordneter zum Reichsrat oder Landtag, Bürgermeister und Vizebürgermeister, Ausschußmitglied des Liberal-politischen Vereins, Präsident, Vizepräsident und erster Sekretär der Handels- und Gewerbekammer. Von den insgesamt 60 Mandataren des Gemeinderates von 1880 und 1885 fallen 17 Liberale und 4 Katholisch-Konservative unter „wichtig“.
- ¹² Vgl. Diethild Harrington-Müller, Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats, 1873—1910, Wien, Köln, Graz 1972, S. 167 ff. Man sollte jedoch nie Richard Charmatzs Caveat vergessen, daß die Parteien verschieden im Abgeordnetenhaus, in den Landtagen und in den Gemeindestuben auftraten. Vgl. Charmatz, Deutsch-österreichische Politik, S. 157.
- ¹³ Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 231, und Salzer, Vom Untertan zum Staatsbürger.
- ¹⁴ Selbst im Antiklerikalismus gab es Schattierungen. So erklärte der Altliberale Ignaz Mayer 1871 seinen Rücktritt als Präsident der Handelskammer, einer allmächtigen liberalen Bastion, da er als Gemäßigter in der Religionsfrage den Radikalismus der Auseinandersetzungen zwischen liberalen und katholisch-konservativen Kreisen während der Rudigierkrise mißbilligte. Vgl. Franz Pisecky, Wirtschaft, Land und Kammer in Oberösterreich, S. 125.
- ¹⁵ Da es 1894 keinen Fortschrittsklub gab, schloß sich Wimbölzel der kleinen „Freien Deutschen Vereinigung“ an, nach der dominierenden Persönlichkeit dieser Fraktion auch „Mauthner-Gruppe“ genannt, die durchaus betont national war, aber eine Anzahl liberaler Juden aufwies. In Linz mußte sich Wimbölzel gegen antisemitische Vorwürfe in der Handelskammer verteidigen. Vgl. Pisecky, Wirtschaft, Land und Kammer in Oberösterreich, S. 207.
- ¹⁶ Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 134.
- ¹⁷ Pisecky, Wirtschaft, Land und Kammer in Oberösterreich, S. 197.
- ¹⁸ Der Höchststand war 1873 mit 2606 Mitgliedern erreicht worden. 1879 war der Mitgliederstand auf 1960 herabgesunken und nur drei Versammlungen wurden abgehalten. 1880 wies der Verein 1677 Mitglieder auf, 1884 nur noch 1005. Vgl. Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 43 ff.
- ¹⁹ Die Dominanz der Katholisch-Konservativen im III. Wahlkörper des Gemeinderates im Jahre 1880 wie ihr Niedergang in den folgenden Jahren ist jedoch eine ungeklärte Frage und bedarf einer eingehenden historischen Untersuchung.
- ²⁰ Kurt Klotzbach, Das Eliteproblem im politischen Liberalismus, Köln 1966, S. 80 ff. Für den Linzer Kontext Pisecky, Wirtschaft, Land und Kammer in Oberösterreich, S. 200.
- ²¹ In der zeitgenössischen Terminologie wurden die Altliberalen „alt“ genannt, während die Vertreter des älteren Fortschritts als die „Jungen“ bezeichnet wurden. Vgl. Charmatz, Deutsch-österreichische Politik, S. 72. In Linz wie anderswo waren die älteren Fortschrittler biologisch und gesinnungsmäßig alt geworden; von daher stammte der Generationenkonflikt, der in manchen Fällen nicht nur als poetische Umschreibung diente, sondern buchstäblich interpretiert werden muß. So war Franz Melichar (Gemeinderat von 1869—1881 und im Ausschuß des Liberal-politischen Vereins) eine Säule des Liberalismus in Linz, sein Sohn Sepp Melichar (Gemeinderat 1909—1919) ein rabiater Schönerianer; Dr. Friedrich Ruckenstein (Gemeinderat 1873—1876) ein Liberaler, sein Sohn Dr. Fritz Ruckenstein (Gemeinderat 1897—1919) ein ausgesprochen Deutschnationaler. Dr. Alois Bahr (Gemeinderat 1867—1873), auch eine Stütze des Liberalismus in Linz, konnte wenig Freude an seinem berühmteren Sohn Hermann Bahr haben, der in seiner Jugend ein notorischer Deutschnationaler war.
- ²² William A. Jenks, Austria under the Iron Ring, 1879—1893, Charlottesville (Virginia) 1965.
- ²³ Paragraph 105 des Gemeindestatuts von 1904 bestimmte ausdrücklich, daß die Geschäfts- und Verhandlungssprache die deutsche zu sein hat. Vgl. Rausch, Linzer Gemeindevertretung, S. 31.
- ²⁴ Erst um die Jahrhundertwende nahm die Nationalitätenfrage in Linz auch reale lokale Bedeutung an, als das Einfließen einiger tausend Tschechen in das Mühl-

viertel die Gemüter erhitzte. Vgl. dazu Harry Slapnicka, Linz, Oberösterreich und die „tschechische Frage“. In: *HistJbL* 1977, S. 210–213. Die nationale Schutzarbeit wurde mit Ausnahme des kurzen Zwischenspiels des Schulvereins für Deutsche 1886–1889 als überparteilich angesehen. Es sollte daher nicht verwundern, daß die Gemeinde sie subventionierte. Vgl. Mayrhofer, S. 134.

- ²⁵ Über Schönerers Beziehung zur akademischen Jugend, die gegenseitige Beeinflussung gewesen ist, vgl. Andrew G. Whiteside, *The Socialism of Fools*; Georg Ritter von Schönerer and Austrian Pan-Germanism, London 1975, S. 43 ff.; William J. McGrath, *Dionysian Art and Populist Politics in Austria*, London 1974, S. 165 ff.; und Richard Charnatz, *Lebensbilder aus der Geschichte Österreichs*, Wien 1947, S. 141 ff.
- ²⁶ Seine Erziehung im benediktinischen Schottengymnasium in Wien gab ihm bereits eine antiliberalistische Grundhaltung. Vollends gab ihm das Studium an der Universität Wien die radikale Haltung, die dann ihren Ausdruck in seiner führenden Rolle in der Burschenschaft „Libertas“, bekannt für ihren virulenten Antisemitismus, und in anderen Organisationen fanden. So war er einer der Redner auf dem Richard-Wagner-Kommers von 1883, der eine machtvolle Demonstration der deutschnationalen Bewegung war. Vgl. McGrath, S. 188 ff.; Carl Beurle, *Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens*, Wien 1893, und Else Beurle: *Doktor Carl Beurle*, S. 8–14. Seit 1874 war er auch eng mit Schönerer verbunden und verbrachte die Sommerferien regelmäßig mit ihm. Ebenda.
- ²⁷ Vgl. Wimmer: *Liberal-politischer Verein*, S. 51 ff.
- ²⁸ Im Programm der Freisinnigen Partei für Oberösterreich im Jahre 1870 rangierte die Referenz zur deutschen Nationalität an letzter, die zu den verfassungsmäßigen Freiheiten an erster Stelle. Der erste Programmpunkt des Deutschen Vereins lautete: „In allen politischen Fragen ist in erster Linie auf das Wohl des deutschen Stammes in Österreich, auf seine Erhaltung und sein Gedeihen Rücksicht zu nehmen, und haben sich alle anderen Rücksichten der Wahrung der Interessen des deutschen Volkes in Österreich unterzuordnen, dies in der Erwägung, daß sowohl die geschichtliche Entwicklung des Kaiserstaates Österreich die Führung durch den deutschen Stamm verlangt als auch, daß die Erhaltung dieses Staatswesens nur unter Führung des deutschen Stammes möglich ist.“ Vgl. Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 269 ff.
- ²⁹ Ebenda, S. 56 ff.
- ³⁰ Ebenda, S. 59. Sprecher war Dr. Carl Beurle.
- ³¹ 1886 war Dr. Beurle auch erfolglos, eine andere Bastion des Liberalismus zu unterwandern, als seine Bewerbung, die Nachfolge Dr. Wilhelm Habisons als 1. Sekretär der Handelskammer anzutreten, mit zwölf gegen zehn Stimmen abgelehnt wurde. Vgl. Else Beurle, S. 19.
- ³² Die Konservative Partei brachte ihren Kandidaten, den Antisemiten Johann Aschauer durch, während sie den deutschnationalen Kandidaten Dr. Gustav Ritter von Pessler fallen ließ. Vgl. Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 149.
- ³³ Vgl. Carl Beurle, S. 7.
- ³⁴ Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 159. Für ähnliche Entwicklungen auf parlamentarischer Ebene Harrington-Müller, S. 62 ff.
- ³⁵ Ungleich seinem Mentor Schönerer, hatte zum Beispiel Beurle einen gut entwickelten pragmatischen Sinn für politische Möglichkeiten. Daß er und seine Gesinnungsgenossen durchaus zur Mitarbeit am österreichischen Staat bereit waren, sollte bei all ihrer Bismarckverherrlichung nicht übersehen werden. Die Deutschnationalen um Beurle prosperierten gesellschaftlich und wirtschaftlich in Linz, während Schönerers radikale Verneinung zu seiner politischen Selbstausschaltung führte. Beurle unterwarf sich auch nie dem absoluten Loyalitätsanspruch Schönerers und wurde zeitweise im Parlament Parteigänger der etwas weniger radikalen Steinwender-Gruppe. Vgl. Else Beurle, S. 18 f., 22 und 36.
- ³⁶ Pisecky, S. 243.
- ³⁷ Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 157.
- ³⁸ Ebenda, S. 160.
- ³⁹ Dem entsprach auf gesamtstaatlicher Ebene der Versuch, alle nationalgesinnten Deutschen im Rahmen einer Deutschen Volkspartei zu organisieren. Vgl. Carl Beurle, *Oberösterreich und seine Politik*, S. 6; und Charnatz, *Deutsch-österreichische Politik*, S. 179. Beurles Behauptung, daß die Fortschrittspartei in den Deutschen Volksverein eintrat, ist strittig. Es scheint, daß zwar einzelne Fortschrittler dem Volksbund beitraten, daß sich aber die Fortschrittspartei bis 1904 bzw. 1908 zumindest als wahlwerbende Partei einen Rest organisatorischer Unabhängigkeit bewahrte. Vgl. Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 70.
- ⁴⁰ Georg Grüll, *Das Linzer Bürgermeisterbuch*, 2. Aufl., Linz 1959, S. 116. Die Wahl

Eders verdient eine gründlichere Durchleuchtung, da sie ja von den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat allein nicht erklärlich ist.

- ⁴¹ Diese Schlüsse vernachlässigen jedoch die variable Wahlbeteiligung, die wohl im I. Wahlkörper auf Grund des gehobenen Sozialstatus der Wähler weitaus höher als im III. Wahlkörper gelegen sein wird.
- ⁴² Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 164.
- ⁴³ Ein Sozialdemokrat hatte zum ersten Mal im Jahre 1899 im III. Wahlkörper erfolglos kandidiert.
- ⁴⁴ Dinghofer wurde mit 34 von 47 Stimmen zum 1. Vizebürgermeister gewählt. 1907 wurde er mit 35 von 47 Stimmen zum Bürgermeister bestellt, elf Stimmzettel waren leer, eine Stimme wurde für den Deutschnationalen Andreas Beyer abgegeben. Die Sozialdemokraten enthielten sich vermutlich der Stimme. Vgl. Mayrhofer, Franz Dinghofer, S. 23 und 31.
- ⁴⁵ Gewählt wurden Julius Spielmann, Anton Weiguny und Josef Gruber, alle drei auch im Gemeinderat vertreten. Vgl. Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 166.
- ⁴⁶ Vgl. Else Beurle, S. 34 und 59.
- ⁴⁷ William A. Jenks, The Austrian Electoral Reform of 1907, S. 78 f.
- ⁴⁸ Mayrhofer, Franz Dinghofer, S. 71. Es scheint, daß die Fortschrittler eine etwas konziliantere Haltung in der Gemeindewahlrechtsreform einnahmen. Die Sozialdemokraten erkannten Dr. Jägers Verdienste bei der Schaffung des IV. Wahlkörpers an. Vgl. Harry Slapnicka, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht, 1918—1933, Linz 1976, S. 139. Wie sehr die Wahrung des deutschnationalen Besitzstandes das Denken der führenden Linzer Politiker beschäftigte, ist auch in den Verhandlungen über die Eingemeindung von Urfahr ersichtlich. Vgl. Mayrhofer, Franz Dinghofer, S. 62.
- ⁴⁹ Carl Beurle, S. 8, auch Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 70 f. Vgl. aber Mayrhofer's Behandlung von Dinghofers Parteitätigkeit, in der einige Unklarheit über das Gründungsjahr des Volksbundes zum Ausdruck kommt. S. 134.
- ⁵⁰ Wimmer, Liberal-politischer Verein, S. 69 ff.
- ⁵¹ Mayrhofer, Franz Dinghofer, S. 90.
- ⁵² Ebenda, S. 17.
- ⁵³ Salzer, Vom Untertan zum Staatsbürger, und Weiguny, Erinnerungen eines Alten.
- ⁵⁴ Dieser Egoismus ist nicht parteispezifisch für Linz. Eine den Linzer Deutschnationalen ähnliche Haltung gegenüber den Sozialdemokraten nahmen die Christlichsozialen in Wien ein.
- ⁵⁵ Werner Kulczykcki, Bürgermeister Josef Dametz, In: HistJbL 1976, S. 192 ff.
- ⁵⁶ In Linz und Oberösterreich entwickelte sich auch eine christliche Arbeiterbewegung, die aber nur eine kümmerliche Existenz im Rahmen der allgemeinen Machtstruktur des politischen Katholizismus fristete. Die Eigentumsideologie hatte nicht nur bei den Deutschnationalen triumphiert. Eine Heiligengeschichte der christlichen Arbeiter und Gewerkschafter schrieb Wilhelm Salzer, Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Oberösterreichs, Linz 1963.
- ⁵⁷ Eleonore Kandl, Hitlers Österreichbild, phil. Diss, Wien 1963.
- ⁵⁸ Symptomatisch ist die lange Konversation, die Dr. Beurle mit Walter Rathenau in Berlin über die Industrialisierung Österreichs und über die Notwendigkeit einer Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland, hatte. Vgl. Else Beurle.
- ⁵⁹ Rudolf G. Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, Wien 1972.
- ⁶⁰ Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 385. In diesem Sinne ist es auch vielleicht an der Zeit, die auf Adam Wandruszka zurückgehende Dreilagertheorie zu revidieren. Im Grunde genommen gab es in Österreich nur zwei Bewegungen, auf die der Terminus „Lager“ paßte, die Sozialdemokratie und den politischen Katholizismus. Für eine Kritik, unnötigerweise ad hominem, vgl. Hermann Fritzl und Martin Hitz, Kritische Anmerkungen zur sogenannten Lagertheorie, Zeitschrift für Politikwissenschaften, 4. Jg., 75/3, S 325—32.
- ⁶¹ Hiezu Karl R. Stadler, Engelbert Pernerstorfer, Zur „Deutschnationalen“ Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie. In: Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka, St. Pölten 1976, S. 46.
- ⁶² Die Elitenforschung in Österreich beschäftigt sich zumeist mit Gruppen, die im überlokalen, meist sogar gesamtgesellschaftlichen Rahmen als Eliten zur Geltung kommen. Die gesamtgesellschaftliche Perspektive hat aber zu einer ausgesprochenen Vernachlässigung der Analyse lokaler Eliten geführt. Die gesamtgesellschaftliche Orientierung der Elitenforschung gilt m. E. auch von der Erforschung der Parteien und der Verbände bzw. der Interessengruppen. So ist es erklärlich, daß wir relativ viel über die sozio-politische Struktur des Nationalrates und der großen Interessenvertretungen wissen, einiges über die Struktur von politischen

- und Interessengremien auf Landesebene und fast gar nichts auf lokaler Ebene. Über die gesamtstaatliche Perspektive vgl. etwa Nikolaus v. Preradovich, *Die Führungsschicht in Österreich und Preußen (1804–1918)*, Wiesbaden 1955; Anton Pelinka und Manfred Welan, *Demokratie und Verfassung in Österreich*, Wien 1971, S. 87 ff.; Norbert Freytag, *Die Struktur des österreichischen Nationalrates in der Gegenwart*, staatswiss. Diss., Wien 1958; Heinz Fischer, *Die parlamentarischen Fraktionen*. In: *Das politische System Österreichs*, hrsg. von Heinz Fischer, Wien 1974, S. 111 ff.; derselbe, *Struktur einer Volksvertretung*. In: *Die Zukunft*, 1968, Heft 4, S. 15 ff., und Walter Lichem, *Die Kandidaten zum österreichischen Nationalrat 1956, 1959, 1962*. In: *Wahlen und Parteien in Österreich*, hrsg. von Rodney Stiefbold u. a., Wien 1966, S. 274 ff. Für den Wiener Gemeinderat und Landtag vgl. Peter Gerlich und Helmut Kramer, *Abgeordnete in der Parteidemokratie*, Wien 1969, S. 45 ff.; für Niederösterreich Gerhard Silberbauer, *Die Struktur des niederösterreichischen Landtags*. In: *Kulturberichte* 3 (1968), S. 1 ff.; und Wilder Crane, *The Legislature of Lower Austria*, London 1965; für Oberösterreich Harry Slapnicka, *Oberösterreich — Die politische Führungsschicht 1918–1938*, Linz 1976, S. 13 ff., und Erwin Wenzl, *Die Alters- und Berufsstruktur der Gemeindefunktionäre in Oberösterreich*, Linz 1964. Studien österreichischer Städte, die zumindest teilweise Elitestrukturen behandeln: für Wattens: Erich Bodzenta, *Industriedorf im Wohlstand*, Mainz 1962; für Innsbruck: derselbe, *Innsbruck. Eine sozial-ökologische Studie*. In: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft*, Band 101, Heft III, S. 323–360; für Hallein: G. Bingham Powell, *Social Fragmentation and Political Hostility*, Stanford 1971; Hans Strotzka, *Kleinburg. Eine sozialpsychiatrische Feldstudie*, Wien 1969.
- ⁶³ Zur Lokalisierung von Eliten stehen mehrere Ansätze zur Verfügung. Der positionelle Ansatz geht davon aus, daß die Inhaber amtlicher oder formeller Positionen auch die tatsächlich relevanten Entscheidungen treffen können. Das reputative Verfahren besteht darin, durch Befragung von Informanten, die Mächtigen und Einflußreichen auf einer Rangskala zu plazieren. Der „Decision-making“-Ansatz versucht durch Fallstudien die an Vorgängen politischer Entscheidungsbildung Beteiligten herauszukristallisieren. Diese Studie neigt dem positionellen Ansatz zu. Für eine Verbindung von positioneller und reputativer Methode der Elitenlokalisierung vgl. Josef Maderner, *Die Führungsschichten Klagenfurts, Diplomarbeit*, Graz 1970. Über allgemeine Probleme der Rezeption der amerikanischen Community-Power-Forschung im deutschsprachigen Raum vgl. Alf Ammon, *Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden*, Berlin 1967.
- ⁶⁴ Das Geschlecht der Mandatäre ist nicht relevant, da auf Grund des geltenden Wahlrechts nur Männer im Gemeinderat saßen. Aber es hatten sich auch in der Frage des Frauenwahlrechts Fronten gebildet. Parteien, die von der Präsenz der Frauen im politischen Prozeß profitiert hätten, nämlich die Sozialdemokraten und die Katholisch-Konservativen, waren dafür, die Fortschrittler und die Deutschenationalen dagegen, zum Teil aus politischer Kalkulation, zum Teil aber auch als Ausdruck der damals herrschenden allgemeinen Annahme, daß Frauen biologisch für die Politik ungeeignet wären. So bekämpfte der große Fortschrittler Dr. Max Edlbacher das von den Konservativen geforderte Frauenstimmrecht mit dem Argument, daß die Frau nicht für die Beratung und die Beschlußfassung im öffentlichen Leben taugte, da sie zu leicht das objektive Urteil verlöre. Vgl. Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 190.
- ⁶⁵ Klaus von Beyme, *Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1971, S. 121.
- ⁶⁶ Wimmer, *Liberal-politischer Verein*, S. 185.
- ⁶⁷ Else Beurle, S. 8.
- ⁶⁸ Priester spielten im Linzer Gemeinderat keine hervorragende Rolle. Zwischen 1880 und 1890 war dieser Berufsstand zuerst durch Ferdinand Stöckl (GR 1880–83, Seelsorger in Linz, Mitbegründer und Funktionär des Katholischen Preßvereins) und dann durch Dr. Sigmund Lutz (GR 1883–90, Professor am Staatsgymnasium Linz) vertreten.
- ⁶⁹ Zur Schulbildung in Österreich vgl. Helmut Engelbrecht, *Zur Entwicklung und Gliederung des österreichischen Schulwesens*. In: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 20. Jg., Heft 4 (Juli/August 1976), S. 225–42.
- ⁷⁰ Über die Lage der mittleren Ausbildung für Handel und Gewerbe in Oberösterreich vgl. Rudolf Kropf, *Die Entwicklung von Bergbau und Industrie in Oberösterreich* (III). In: *ÖÖHbl.*, 27. Jg. (1973), Heft 3/4, S. 177 ff.
- ⁷¹ Über die Probleme der Entwicklung verlässlicher Indikatoren zur Herausarbeitung der Sozialstruktur vgl. Albert Kaufmann, *Soziale Schichtung und Berufsstatistik*. In: *Soziologie; Forschung in Österreich*. Hrsg. von Leopold Rosenmayr und Sigurd

- Höllinger, Wien 1969, S. 319 ff. Vgl. auch Karl Martin Bolte, Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von „Schichtungen“ in sozialen Systemen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961), S. 29 ff.
- ⁷² Dies trifft für Wilhelm Friedrich Nebinger (GR 1890—1894), der hauptberuflicher Direktor der Oberbank war und Otto Neuwirth (GR 1905—19), der Prokurist in der Kleinmünchner Flachsspinnerei war, zu.
- ⁷³ Über quantitative Aspekte der Entwicklung der Angestellten in Oberösterreich vgl. Gustav Otruba, Zur Zeitgeschichte der „Angestellten“ und ihrer wachsenden Bedeutung in Österreich bis 1918. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 21. Jg., Heft 2 (März/April 1977), S. 74 ff.
- ⁷⁴ Herbert Matis, Österreichs Wirtschaft 1848—1913, Berlin 1972, S. 355 ff.
- ⁷⁵ Erich Maria Meixner, Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich, Band II: Männer, Mächte, Betriebe, Salzburg 1952, S. 193 ff., und Pisecky, S. 246, 268 f.
- ⁷⁶ Gustav Otruba und Hanno Möller, Der Wandel des Wirtschaftsgefüges der Städte Wien, Linz, Innsbruck und Graz in den letzten hundert Jahren. In: Wiener Geschichtsblätter 28 (1973), S. 48 ff., und Gustav Otruba, Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel der Stadt Linz und dessen Auswirkungen auf kulturelle Institutionen. In: Linzer Aspekte 1970, hrsg. von Hanns Kreczi, Linz 1970, S. 21 ff.
- ⁷⁷ Der damalige Kammerpräsident Oskar Hinterleitner, ein Mann des Kleingewerbes, versuchte vergeblich, die Überfremdung der wirtschaftlichen Landschaft durch Gründung allzu vieler neuer Großindustrien hintanzuhalten. Vgl. Meixner, Männer, Mächte, Betriebe, S. 383.
- ⁷⁸ Kropf, Die Entwicklung von Bergbau und Industrie in Oberösterreich, S. 176 f.
- ⁷⁹ Else Beurle, S. 59.
- ⁸⁰ Wir haben es hier mit sehr undifferenzierten Begriffen zu tun. Um die Begriffsbildung zu schärfen, müßte man soziologische Studien über die Verbände und Vereine, wie zum Beispiel des Hausbesitzervereins, anstellen.